

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die Unternehmer zur kommenden Brotpreiserhöhung

Die in den letzten Wochen eingetretene Preissteigerung fast aller lebensnotwendigen Bedarfsartikel wird in kurzem noch erheblich verschärft werden infolge der ab 16. Februar h. N. eintretenden Erhöhung des Brotpreises um ca. 75 Prozent. Selbstverständlich und jedem vernünftigen Menschen einleuchtend sollte es sein, daß natürlich nicht die Arbeiterchaft etwa diese Preiserhöhung mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bezahlen kann. Gewiß bedeutet die Brotpreiserhöhung für sich allein gesehen nur einen unbedeutenden Posten im Haushalt der Arbeiterfamilie, aber es ist doch ganz selbstverständlich, daß wir anlässlich dieser Verteuerung auch auf allen anderen Gebieten ein Anziehen der Preise werden zu spüren bekommen. Noch wichtiger aber ist, daß in den Wochen, die seit der letzten Lohnregelung in fast allen Bezirken verstrichen sind, eine ganz erhebliche Preissteigerung eingetreten ist, die es demnächst zu parallelisierten heißt.

Zu kluger Vorahnung der kommenden Dinge denkt man „Das Baugewerbe“, das Organ des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, diese bösen Absichten der Bauarbeiter auf eine demnächstige Lohnerhöhung vornehmlich aufzuheben zu machen. In Nr. 4 gibt man sich die größte Mühe, uns und die Leserschaft davon zu überzeugen, daß wir anlässlich der kommenden Brotpreiserhöhung nur eine ganz geringfügige Stundenlohnzulage fordern dürften: „Bei einem wöchentlichen Verdienst einer vierköpfigen Arbeiterfamilie von sechs 4-Pfund-Säcken würde eine Steigerung von etwa 75 Prozent eine Mehrbelastung des Arbeiters mit etwa 25-30 % wöchentlich bedeuten, was einer Stundenlohnerrhöhung für den einzelnen Arbeiter von 15 Pfg. und einer sozialen Zulage von weiteren 15 Pfg. für die Frau und jedes Kind entsprechen würde.“

Wahrlich, die Herren Unternehmer sind wirklich bescheiden, das muß man ihnen schon zugestehen, aber bescheiden — auf Kosten anderer Leute! Uns denkt, die Herren möchten es einmal selbst ausprobieren, nur eine einzige Woche lang mit diesen fürstlichen Zulagen auszukommen, und sie möchten gar bald anderen Sinnes werden!

Selbstverständlich stecken hinter der ganzen Geschichte wieder die bösen Gewerkschaften, ohne die nach der Meinung der Herren Arbeitgeber in ganz Deutschland ja eitel Freude und Zufriedenheit herrsche. „Das Baugewerbe“ schreibt: „Dies (nämlich die Brotpreiserhöhung v. N.) wird wie im August v. J. in der der Arbeiterchaft nahestehenden Presse zu einer lebhaften Propaganda für sofortige erhebliche Lohnerrhöhungen benutzt. Im August 1921 betrug die Mehrbelastung des Arbeiterhaushalts durch die Brotpreiserhöhung nach Abbau der Getreidezwangswirtschaft bei einer vierköpfigen Arbeiterfamilie wöchentlich 8 M. Bei dem damaligen Lohnstand wäre also die Brotpreiserhöhung für einen alleinlebenden Arbeiter mit 5 Pfg. Stundenzulage, bei einem verheirateten Arbeiter mit zwei Kindern mit einer Sozialzulage von weiteren 15 Pfg. pro Stunde abzugelten gewesen. Trotzdem heilten die Gewerkschaften Lohnforderungen in Höhe von 2 M. = 30 Prozent auf die Stundenlöhne und veranlaßten durch ihre Propaganda eine Teuerungssphäre, die, wie wir heute wissen, in ihrer Auswirkung für das scharfe Anziehen der Lohnschrauben am Schluß des vergangenen Jahres neben dem Sinken der Kaufkraft der Marktzum großen Teil mit verantwortlich zu machen ist. Es hat heute den Anschein, als sollte sich eine solche Entwicklung bei der neuen Brotpreiserhöhung noch einmal wiederholen.“

Gerade dieses vom „Baugewerbe“ angeführte Beispiel vom August v. J. erweist genau das Gegenteil von dem, was behauptet werden soll. Nichts ist so einfach wie zurückgewandt geltend zu machen.

ihrem säuberlich errechneten 5-Pfg.-Zuschlag die Arbeiterchaft zu berechnen, überall gelang es den Gewerkschaften, wesentlich mehr, ja bis zu den geforderten 2 M. Zuschlag von den Arbeitgebern herauszuholen. Und praktisch zeigte es sich, daß man damit noch durchaus nicht das Notwendige erreicht hatte, und neue Lohnforderungen nach kurzer Frist waren die Folge.

Es hat deshalb nicht bloß den Anschein, wie „Das Baugewerbe“ schreibt, sondern es ist sogar recht sicher, daß sich diese Entwicklung bei der neuen Brotpreiserhöhung noch einmal wiederholen wird. Allerdings mit dem „Baugewerbe“ ist über derlei Dinge zu unterhalten, dürfte nicht so ganz einfach sein, denn dort ist man über die Wirtschaftslage des deutschen Arbeiters „wirklich ausgeglichen“ unterrichtet. Der Arbeiter braucht ja neue Lohnforderungen gar nicht zu stellen, da er schon in glänzenden Verhältnissen lebt. Das ist so ungefähr der Sinn folgender Ausführungen: „Es kommt hinzu, daß nach Lage der Dinge die Arbeiter heute nicht der Teil der Bevölkerung sind, den eine weitere Teuerung am schwersten treffen wird, da sie es verstanden haben, durch Lohnforderungen jederzeit mit der Teuerung einigermaßen Schritt zu halten. Die Löhne des deutschen Arbeiters sind im Vergleich zu Auslandslöhnen schon heute nicht zu niedrig. Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters liegt nach einwandfreien Ermittlungen heute im allgemeinen nicht mehr unter der Lebenshaltung des Arbeiters im Ausland, als dies nach dem für uns verlorenen Krieg leider unvermeidlich geworden ist.“

Wir gestehen ohne weiteres zu, daß auch wir dieser letzten Behauptung uns anfänglich können. Die Hoffnung haben wir doch noch, daß die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters noch nicht unter die eines chinesischen Kulis gesunken ist.

Hoffentlich werden die Herren Arbeitgeber dieses offene Geständnis bei den nächsten Lohnverhandlungen nicht gegen uns auszuweisen und unseren Kollegen draußen im Lande klar zu machen versuchen, daß unsere Arbeiterchaft als die eines im Siege unterliegenden Volkes nicht mehr verdienen darf als irgendeine andere Arbeiterchaft!

Das eine muß doch einmal mit Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß derlei papierne Berechnungen von Arbeitgeberseite einmäßig anzunehmen sind zu werden. Die Einkommensverhältnisse unserer weitesten Kollegentreise haben infolge des harten Winters und der dauernden Teuerung allgemein Formen angenommen, daß die Lebenseristenz vieler in Gefahr steht! Gut und schön alle volkswirtschaftlichen Erwägungen, und wir sind die letzten, die ihnen nicht nach Möglichkeit Rechnung zu tragen gewillt wären. Doch zum Zweck damit, wenn unsere Lebenseristenz, die unserer Frauen und Kinder gefährdet ist! Dann heißt es zunächst einmal hierfür Rat schaffen.

Die Stadt Gelsenkirchen hat sich zur Herausgabe von Haushaltsbüchern entschlossen, auf Grund deren ein wirkliches Existenzminimum errechnet werden soll. Da ergibt sich folgende Aufstellung:

Notwendige Tagesration einer sechs-köpfigen Familie nach den amtlichen Preisnotierungen vom 19. September 1921.

Alter der Kinder 3-16 Jahre. Das Einkommen ist ein Zehntel von einem Monatslohn von 300 M. 3 Kinder beider die Volksquote.

2 Pfd. Schwarzbrot	3,65 M.
2 Pfd. Gahel rot	3,90
1/2 Pfd. Margarine	14,-
1/4 Pfd. Karnelede	1,75
100 Gr. Salzkrone	1,40
1/2 Pfd. Butter und Fleisch	10,-
12 Pfd. Kartoffeln	12,-
Gemüse	11,-
1/2 Pfd. Cranen für Suppe	1,50
1/2 Pfd. Nudeln	1,50
(Kochfertig mit servieren)	2,25

1/4 Pfd. Fett	7,50 M.
Gewürz, Salz, Zwiebel	—,80
1/2 Lt. Milch	2,70
1/4 Pfd. Zucker	1,50
1/4 Pfd. Mehl	1,50
Pering, Bäckling oder Fisch (zum Abendvrot)	6,-
Zusammen:	83,45 M.

Wird zur Veränderung des Tages das eine oder andere aus diesen Kategorien gestrichen, so wird notwendigerweise ein anderes Teil eingeseht werden müssen, und so bleiben die Kosten sich gleich.

Alle Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Miete, Licht, Haushaltsgegenstände, Heizung, Steuern, Versicherungen, Verbands-, Partei- und Vereinsbeiträge, für Schule sind hier außer Betracht gelassen. Desgleichen persönliche Ausgaben für geistige und gesellschaftliche Anforderungen. Ausgaben für notwendige Reisen bei besonderen Familienereignissen, sowie solche für Ereignisse in der eigenen Familie sind gleichfalls außer Ansatz zu stellen.

Führen wir nun einmal die Rechnung ein klein wenig weiter fort und legen für Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und Sonstiges die von Ruzinski für Dezember 1921 für Berlin errechneten Sätze zugrunde, so ergibt sich folgendes Bild:

Ernährung (laut Gelsenk. amt. Notierung) 7 x 83,45	= 584,15 M.
Wohnung	10,-
Heizung und Beleuchtung	41,-
Bekleidung	164,-
Sonstiges	161,-
Summe der Wohnungsausgabe	962,15 M.

So — nun bitten wir die Herren Arbeitgeber, diese Erdsumme einmal durch 47 zu teilen, um den notwendigen Mindestlohn zu erhalten, und — der Rest ist Schweigen!

Dieses kleine Beispiel zeigt mehr als lange Redensarten und schöner Augenaufschlag, wie es in zahlreichen Familien unserer Kollegen aussieht. Komme man uns nicht mit dem Gerede vom Familienlohn, um die Wacht dieser Lasten beiseite zu schieben, denn die bisherigen Vorschläge von Unternehmern in dieser Hinsicht lauten in ihrem Endeffekt nur darauf hinaus, den „vielköpfigen Familienvater“ noch viel größerem Elend auszuliefern, denn die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Lösung setzt ihn auf die Straße, anstatt ihm besseren Lohn zu bringen.

Wies Gerede und alle Einwände der Arbeitgeber werden nur dazu dienen, diese klaren Tatsachen zu verdunkeln. Wir fordern deshalb endlich einmal Taten! Lange genug haben wir uns mit schäbigen Zulagen abfinden lassen! Auch der deutsche Bauarbeiter hat ein Recht darauf zu leben, er kann mit Recht verlangen, daß auch er als Familienvater nicht seine kleinen Säuglinge im Elend verkommen sieht!

Vor allen Dingen haben wir es aber satt, uns dauernd von den Arbeitgebern schöne Korallepredigten halten zu lassen, indem sie uns und einer breiten Öffentlichkeit unsere Unzufriedenheit und unsere Pflichten gegenüber der Volkswirtschaft immer wieder vorhalten! Handle man im Unternehmerlager erst selbst einmal nach all den schönen Grundätzen, die man uns predigt, bekämpfe man im eigenen Kreise Luxus, Pratererei, Schlemmerei und übertriebenes Wohlleben, bei der Arbeiterchaft ist das überflüssige Diebesmüß, denn ihr hängt der Spieß dafür viel zu hoch. In einem aber entschließe man sich einmal mit aller Ehrlichkeit, nämlich der Bauarbeiterchaft solche Söhne zu zahlen, daß sie mit ihren Familien eine notwendige Existenz damit stiften kann, dann werden auch die vom „Baugewerbe“ gefährdeten Wirtschaftskämpfe ausbleiben, gerade zum Segen unserer Wirtschaft, die vor allem einen gesunden und ausreichenden Arbeitsmarkt gebraucht.

Was uns Jugendlichen not tut!

Ein klein bißchen Nachdenken ist die Frage schon wert, was tut uns not, um als christliche Jugend unserer hohen Mission gerecht zu werden. Und die Antwort muß lauten: Schulung und Kenntnisse auf gewerkschaftlichem und volkswirtschaftlichem Gebiete, damit wir fähig werden, aktiv am ideellen und materiellen Wiederaufbau, an der Beeinflussung des Massenwillens im christlichen Geiste mitarbeiten zu können. Die Zeit erfordert es. Die Zukunft liegt vor uns, und der Jugend gehört die Zukunft. Wir dürfen unsere Hände nicht sorglos in den Schoß legen, sondern müssen in unseren jungen Jahren viel lernen. Im gegnerischen Lager besteht schon eine vielseitige Jugend-Schulung. Wir wollen doch unsere gerechte Sache auf den Arbeitsstätten, in Versammlungen usw. denen gegenüber vertreten können, wir wollen, nein, wir müssen noch mehr tun, denn es ist unsere Pflicht, unsere Ideale weiter in die breiten Volksmassen hineinzutragen.

Und wo können wir Schulung und Aufklärung erhalten? Zuerst ist es notwendig, daß wir uns als jugendliche Kollegen enger und fester zusammenschließen, und zwar in Jugendabteilungen, innerhalb unserer christlichen Gewerkschaften. Ich will damit nicht sagen, daß nur die Jugendversammlungen dazu dienen. Nein, auch Unterrichtskurse sind unbedingt erforderlich. Lassen sich solche Kurse nicht innerhalb unserer Berufsorganisation durchführen, dann empfiehlt es sich, mit unsern Brüderverbänden gemeinschaftlich, oder, wenn ein Kartell vorhanden ist, seitens des wertvollsten Unterrichtskurses für die Jugendlichen zu errichten. In solchen Kursen ist es jedem Lehrlingen Kollegen möglich, sich zu schulen, weiterzubilden, und all die Kenntnisse sich anzueignen, die ein tüchtiger Vertrauensmann unseres Verbandes benötigt.

Lieber Freund! Wenn wir nun vorwärts streben wollen, müssen wir in erster Linie unseren Willen stärken. Das Wort „ich will“ muß uns in Fleisch und Blut übergehen. Wir müssen geistig stark werden und alles ausführen, was gerecht, sittlich und durchführbar ist. Ich will einmal kurz aus dem täglichen Leben ein Beispiel anführen. Man verrichtet eine Arbeit, es klappert nicht so, wie es eigentlich sein sollte, es zerbricht ein Gegenstand, man hat heftig „Pöb“, dann darf man nicht in Schimpfen und Jamern ausbrechen, sondern muß stark sein und sagen: „Ich will mich beherrschen.“ Ist man über den ersten Born hinweg, dann hat man gesiegt. So beherrscht man seinen Willen und bekommt auch Ruhe und Ausdauer. Wir können beobachten, daß Männer im öffentlichen Leben, die Ruhe und Sachlichkeit besitzen, auch immer den größten Einfluß besitzen. Ruhe und Ausdauer müssen wir uns aneignen.

Freie Sache dem Tüchtigen, so lautet heute die Parole, und jeder Mensch kann sich den ihm nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten zugehörigen Platz in der heutigen Wirtschaftsordnung erobern, vorausgesetzt, daß er erlernt hat, daß die Beherrschung des freien Wortes ihm hierbei die besten Dienste leistet. Dieses müssen wir beherrzigen. Jeder von uns hat in seinem Leben wohl schon Augenblicke zu verzeichnen gehabt, wo er frei und offen seine

Meinung zum Ausdruck bringen wollte, sei es vor einem Vorgesetzten oder in einer Versammlung, aber aus Angst im Banne der elenden Menschenfurcht vermochte er keinen klaren Gedanken zu fassen und konnte so seine gerechte Sache nicht vertreten. Wehlegt mußte er den Kampfplatz verlassen. Dagegen wird derjenige immer den Sieg davontragen, der das freie Wort beherrscht. Es muß uns somit klar werden, daß die Beherrschung des freien Wortes uns nur zum Vorteil gereichen kann. Darum ist es auch Pflicht jedes einzelnen, der ehrlich vorwärts streben will, sich diese Fertigkeit anzueignen.

Nun wirst du mir vielleicht einwenden, ja zum Redner muß man geboren sein. Nichts wäre verkehrter als diese Ansicht. Wir brauchen ja keine großen, gottbegnadeten Redner zu werden, sondern wir müssen uns nur als vollwertige Menschen so hoch emporarbeiten, daß wir jedem Menschen offen und frei im Wort entgegentreten können. Von ungefahr erreicht man diese Höhe nicht. Es ist dazu ein großes Maß von Arbeit an sich selbst, verbunden mit einer nie versiegenden Ausdauer, nötig. Die Geschichte erzählt uns von einem der bedeutendsten Redner, den diese Erde getragen haben soll. Ich meine den großen Griechen Demosthenes, der vermöge seiner Redefertigkeit der geistige Herrscher von Athen war. Die Geschichte erzählt von seiner nie versiegenden Ausdauer. Sein erstes öffentliches Auftreten bedeutete einen völligen Mißerfolg. Unter dem Gespött und Gelächter der Menge mußte er die Rednertribüne verlassen. Er besaß nicht die Kunst der Betonung, die Metrik war unvollkommen, auch beging er den Fehler zu lispeln. Doch durch seine große Ausdauer hat es Demosthenes verstanden, diese Fehler zu überwinden und zu den höchsten Stellen aufzusteigen. — So müssen auch wir sagen: Wahrlich, nur die Ausdauer allein ist es, die den Mensch vorwärts bringt. Wollen wir vorwärts, und das ist doch unser aller Streben, dann aber auch an ernste Arbeit, und das Dichtewort wird seine Wahrheit erweisen:

„Wer immer strebend sich bemüht,
Den können wir erlösen.“

August Eberg, Bochum.

Beginn der Tarifverhandlungen für den Feuerungs- und Schornsteinbau

Da unser Reichstattsvertrag, gleich dem des Hoch- und Tiefbaugewerbes, am 31. März d. J. sein Ende erreicht, bestand sowohl im Lager der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer die Absicht, auf dem Verhandlungswege recht bald etwas Neues zu schaffen, um einer tariflosen Zeit auszuweichen. Die ersten Verhandlungen fanden am 29. Januar in Leipzig statt. Der Arbeitgeberverband für das Feuerungs- und Schornsteinbaugewerbe, der anscheinend im Laufe der letzten Vertragsperiode sein Verhältnis zum Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe unangenehm empfunden hatte, wollte wohl ursprünglich diese Ehe lösen. Doch die ersten Verhandlungen bewiesen uns, daß man sich nochmals

in eine enge Allianz eingelassen hat, indem Herr Kretschmar, Führer der örtlichen Arbeitgeberorganisation in Leipzig und gleichzeitig Mitglied des Hauptvorstandes des Arbeitgeberbundes in letzterer Eigenschaft an den Verhandlungen teilnahm. Da sich dem Arbeitgeberbunde für Feuerungs- und Schornsteinbau anscheinend die Großfirmen für Kolonnenbau neu angeschlossenen haben, gestalteten sich die Verhandlungen auf manchem Gebiete äußerst schwierig.

Soweit etwas über den Gang der Verhandlungen zu sagen ist, verdient zunächst festgestellt zu werden, daß das Bestreben beider Parteien dahin ging, durch den Vertrag alle Feuerungsarbeiten zu erfassen, ganz gleich, ob die Arbeiten durch eine Spezialfirma, eine andere Baufirma oder durch industrielle Werke in eigener Regie ausgeführt werden. Auf Einzelheiten über den geplanten Geltungsbereich näher einzugehen, erübrigt sich, da es sich zunächst nur um Wünsche und Forderungen handelt, bei einem späteren Stadium der Verhandlungen werden wir darauf zurückkommen. In der Frage, nach welcher Betätigungszeit gilt der Maurer als Feuerungs- resp. Schornsteinmurer, gingen die Meinungen auseinander. Während die Arbeitnehmervertreter eine bedeutende Herabsetzung der Zeit von drei Monaten resp. einem Jahr verlangten, wollten die Arbeitgebervertreter eine Erhöhung, mindestens aber die Beibehaltung der jetzigen Vertragsfassung zu erreichen, so daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Des weiteren geht die Absicht der Arbeitgeber dahin, den Begriff „Helfer“ aus dem Vertrage zu entfernen, zum mindesten ihn jedoch sehr zu beschränken.

Das Angebot der Arbeitgeber in der Lohnfrage ist sehr bezeichnend. Der Feuerungsmurer soll zu dem Lohn der Hochbaumaurer zwei bis drei Prozent und der Schornsteinmurer zehn Prozent Aufschlag erhalten. Der Helfer im Schornsteinbau soll den Feuerungsmurerlohn und der Helfer im Feuerungsbau den Hochbaumaurerlohn erhalten. Der Zuschlag für Kunstgerüstarbeiten soll 150 Mark betragen. Für alle Reparaturen mit feuerfestem Material an Koksöfen soll der Zuschlag 25 Pf. betragen. Meinen Angeboten entsprechend sollen auch die Zuschläge bei anderweitigen Erschwernissen berechnet werden. Angeichts dieser Angebote erklärten unsere Vertreter, daß sie es ablehnen müßten, über die Lohnfrage in eine ernste Beratung einzutreten. Unsere Kollegen mögen sich selbst einmal mit dem Ernst ihrer Lage befassen, anscheinend weht in den Kreisen dieser Arbeitgeber ein sehr reaktionärer, jahrmachender Wind.

In der Auslösnungsfrage will man unterscheiden zwischen verheirateten und unverheirateten Kollegen, den ersteren will man den 2/3fachen Stundenlohn, den Lebigen hingegen den einfachen Stundenlohn als Auslösung zahlen. Die Firmen des Koksöfenbaues erklärten, daß für sie Auslösung überhaupt nicht in Frage käme, auch bisher noch nie üblich gewesen sei.

Alle anderen Fragen sollen sich dem Hochbaubetriebe anpassen resp. aus diesem übernommen werden. Da die Verhandlungen über diesen nun noch nicht begonnen haben, erwiesen sich weitere Verhandlungen zunächst als nutzlos. Das ganze Verhandlungsbild zeigt uns, daß unsere Spezialisten ihr Pulver trocken halten müssen.

Zufrieden sein ist große Kunst,
Zufrieden scheinen hoher Kunst,
Zufrieden werden großes Glück,
Zufrieden bleiben Meisterstück.

R. Claudius.

Die Lage des Bauhandwerkes im Mittelalter!

Von Paul Prange

Das in der Zeit, da unsere deutschen Städte im Mittelalter aufblühten, da die Grundsteine zu unseren großen Domen gelegt wurden, daß in dieser Zeit das Bauhandwerk eine ganz besondere Rolle gespielt haben muß, ist wohl ohne weiteres anzunehmen. Doch wie mag wohl die Lage derjenigen gewesen sein, die mit ihrer Hände Fleiß jene Bauwerke geschaffen haben, welche wir heute noch bewundern?

Wir wissen schon, daß das Handwerklwesen des Mittelalters von der Zunftordnung geteilt und beherrscht ist. Diese stellt für Meister wie Gesellen genaue Satzungen auf über Ausbildung, Löhnung, Arbeitszeit, Prüfungen, Erwerbung des Meisterrechts u. a. m. Die Entwicklung der Verhältnisse brachte dann den Gegensatz zwischen Meister und Gesellen mit sich, was zur Bildung der Gesellenverbände führte, die dann einen oft recht erbitterten Kampf gegen die Zünfte der Meister aufnahmen.

Wohl hat das Bauhandwerk des Mittelalters auch an der Zunftbildung teilgenommen, aber im allgemeinen kam es nicht zu jenen Kämpfen und Gegensätzen zwischen Meister und Gesellen, wie in

den anderen Handwerken, obwohl gerade um jene Zeit die Verhältnisse im Baugewerbe nach den einzelnen Gegenden recht verschieden waren. In vielen Städten war es so, daß sämtliche das Baugewerbe betreffenden Maßnahmen vom Räte der Stadt getroffen wurden. Hier waren also alle, Meister und Gesellen an die Satzungen der gleichen Autorität gebunden. So gestattete z. B. der Rat von Nürnberg keinem Meister und Gesellen bei Strafe zweijähriger Verbannung ohne besondere Erlaubnis außerhalb der Stadt zu arbeiten. Auch waren für beide fast gleiche Sobotagen festgesetzt. Unter solchen Umständen war natürlich die Hauptursache des Gegensatzes zwischen Meistern und Gesellen beseitigt und oft vereinigten sie sich zu einer Genossenschaft, die vielfach nur rein religiöse Zwecke hatte, da sie in den wirtschaftlichen Kampf nicht so hineingezogen wurden.

Diese friedlichen Verhältnisse unter den Bauhandwerkern haben naturgemäß sehr günstig auf die Entstehung der großen Bauten eingewirkt, die ihren Ursprung jener Zeit des „späteren Mittelalters“ verdanken, das für viele nur deshalb so jünger ist, weil sie es nicht kennen.

Allerdings gab es auch, wie schon eingangs erwähnt, Gegenden, in denen die Lage der Bauhandwerker eine andere war, wie z. B. in der Reichsstadt des alten Reiches, Wien. Dort fehlte dieses energische Eingreifen der Stadtbehörden, und die Maurermeister und Gesellen waren zur Regelung ihrer Angelegenheiten völlig auf sich selbst angewiesen. Daher entstehen hier auch bedeutungsvollere „Zünfte“ und Maurer- und Zimmererbrüderschaften ähnlich wie bei anderen Handwerken.

Doch verschieden von diesen Vereinigungen der Maurer- und Zimmerleute waren um jene Zeit die

Brüderschaften der Steinmeger, „Bauhütten“ genannt. Sie bildeten ja ein besonderes Kunsthandwerk für sich, dessen man namentlich zu den reichgezierten Kirchenbauten bedurfte. Das Maßwerk der Strebebögen, die Ornamente der Spitzbogenfenster, die Kreuzblumen auf den Türmen und die Figuren der Pfeilerkapitale sind ja Meisterstücke dieser Kunst, die wir noch heute bewundern können. Diese Steinmeger bildeten einen großen Verband, der sich schon im Jahre 1452 über ganz Deutschland erstreckte und vier „Hauptbauhütten“ hatte, die zu Köln, Wien, Zürich, Straßburg. Eine bewundernswürdige Einigkeit herrschte in diesem ganzen Verbands, sowohl zwischen den einzelnen „Bauhütten“ als auch namentlich zwischen Meistern und Gesellen, und diese Einigkeit verlich dem Verbande große Macht! — Als sich z. B. im Jahre 1506 die Baseler Maurer- und Zimmerer beim Räte ihrer Stadt beschwerten, daß die Steinmeger an ihrer Brüderschaft nicht teilnehmen wollten, da mußte sogar der Rat den Steinmeger zugestehen, daß sie zu nichts verpflichtet seien: „weder karthen-stubenzins noch dheimes gelt von der bruderschaft wegen us ze geben noch mit ihr gesellschaft nützet ze schaffen haben.“

Aber man darf sich diese Gegensätze nicht sehr bedeutend vorstellen, sondern trotz derselben muß man die Lage der Bauhandwerker in der Blütezeit deutscher Baukunst als eine im allgemeinen recht gute bezeichnen.

Auf dem rechten Fleck das Herz,
Auf gleichen Mut in Lust und Schmerz,
rechtes Wort am rechten Ort,
das hilft überall dir fort.

Leopold Böhmcr.

Christlicher Solidarismus

Vielen ist das Wort Solidarismus ein Fremdwort, mit dem sie nicht viel anzufangen wissen. Und doch sollte jeder sich orientieren, um was es sich handelt. Dem Solidarismus muß die Zukunft gehören, wenn wir aus dem Chaos herauskommen wollen, in dem wir uns befinden; ihm wird die Zukunft gehören, wenn wir in seinem Geiste den Kampf führen.

Der christliche Solidarismus ist nichts anderes als die Erfüllung des Gebotes: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ In diesem Gebote ist kurz das gesagt, was als Richtschnur im christlichen Gesellschaftsleben zu gelten hat. Aus der Liebe, d. h. der wechselseitigen Hingabe, dem gegenseitigen Verstehenwollen und Verstehen sprossen Eintracht und Gerechtigkeit, die unerlässlichen Vorbedingungen der Gesellschaftsordnung. In der Liebe keimt und wächst das Gemeinschaftsbewußtsein, das leider bei der noch überwiegend egoistischen, materialistischen Weltanschauung und Wirtschaftseinstellung noch nicht recht aufkommen konnte.

Der Solidarismus ist das zeitgemäße System; er ist christlich, demokratisch und sozial. Er reißt nicht nieder, er baut auf; er trennt nicht, sondern versöhnt; er ist kein totes System, sondern lebt, da er Seelenkultur fordert und selbst die Seele der wirtschaftlichen, sozialen und ethischen Ordnung ist.

Ein öffentliches Bekenntnis eines echten, christlichen Solidarismus legte auf dem von Marc Sangnier einberufenen und geleiteten ersten christlich-demokratischen Kongreß, über den wir bereits berichteten, ein Arbeitgeber Jacques Roedel in der Hauptstadt Frankreichs ab, als er sein soziales Reformprogramm entwickelte. Im großen Saale der Sociétés Savantes (der wissenschaftlichen Vereinigungen), in dem so oft ein Leon Daudet oder Führer der chauvinistischen Action française das Lied des Imperialismus und Kapitalismus singen, stand Roedel auf der Rednerbühne, sprach im Geiste der Liebe und von der Liebe zum Mitmenschen. Selbst Arbeitgeber, forderte er von allen gleiche Bruderliebe für die Brüder im Arbeitskittel und mit der Schwielenhand.

Im Namen der Gerechtigkeit und Nächstenliebe, im Namen seines christlichen Gewissens verlangt er, daß man dem Arbeiter nicht bloß den zu einem menschenwürdigen Leben ausreichenden Lohn geben, sondern den Arbeiter auch an der Gewinnbeteiligung und Betriebsverwaltung teilnehmen lassen müsse. Er zeichnete eine neue Zeit, für die alle ehrlichen Menschen arbeiten müssen, eine Zeit, in der der Arbeiter nicht mehr totes Instrument im Dienste des Kapitals sei, sondern die Produktion mitbeherrsche. Mit Verachtung wandte er sich gegen die Arbeitgeber, die zum Abbau der Lebensmittel zuerst die Löhne herabsetzen wollen, und rief diesen zu: Ihr allein seid die Schuldigen am sozialen Elend, Ihr allein habt es auf Eurem Gewissen lasten, wenn der Arbeiter noch immer für die bloße Notdurft des Lebens kämpfen muß, Ihr allein, die Ihr ihm nicht geben wollt, was er nötig hat und was ihm gebührt...

„Wenn alle Unternehmer so wären,“ sagte nachdenklich ein Franzose neben mir, ja, wenn alle Arbeitgeber so wären!

Bei diesen Worten zog im Geiste vor meinen Augen das heutige Deutschland mit seinen erbitterten Lohnkämpfen vorüber, aber ich dachte auch unserer Bauproduktivgenossenschaften, und das ließ mich hoffen!

Mathias Mosko.

Allgemeines

Wo die Not am höchsten — da ist die Dividende am größten! So kann man wirklich sprechen, wenn man die unerschöpflichen Gewinne betrachtet, die insbesondere von solchen Schweren erzielt werden, die für die minderbemittelte Bevölkerung lebensnotwendige Bedarfsartikel herstellen. Dem Handelsteil der „Berliner Morgenpost“ vom 4. Februar entnehmen wir folgenden Bericht:

75 Prozent Gewinnzuschüttung. Die A. G. für Strumpfwarenfabrikation, vorm. Wag Segall, die in den beiden letzten Jahren bereits 30 bzw. 45 Prozent Dividende zur Ausschüttung bringen konnte, ist in der Lage, diesmal ihren Aktionären eine noch wesentlich höhere Vergütung zu geben. Die Verwaltung schlägt vor, auf die Stammaktien 30 Prozent Dividende zu verteilen, während die Vorzugsaktien wieder jugungsgemäß 6 Prozent erhalten. Außerdem wird eine Kapitalerhöhung um 2 Millionen Mark vorgeschlagen, wobei die jungen Aktien den Aktionären im Verhältnis von 3 : 1 zu 135 Prozent angeboten werden. Hier von trägt die Gesellschaft 45 Prozent des Bezugspreises.

Wenn das kein Wunsch ist, dann mögen uns die Herren Direktoren einmal sagen, wie sie detartige Gewinne zu recht fertigen gedenken!

Das Katastrophenbaujahr 1921 charakterisiert in treffender Ausprägung der ehemalige Syndikus des Baugewerksverbandes für das Baugewerbe zu Hamburg Dr. Edmund Delmonte in Nr. 1 der „Baurechtsschau“ wie folgt:

„Das Jahr 1921 war gesamtwirtschaftlich und baugewerkschaftlich gesehen ein Jahr der inneren Widersprüche. Die Ansprüche auf dem Bauplatz erreichten eine nie gekannte Höhe, und doch ist von der Linderung

Am 11. Februar ist der 7., am 18. Februar der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1922 fällig.

der Wohnungsnot nur wenig zu sehen. Während Industrie und Landwirtschaft, Banken und Behörden Prachtbauten errichteten, sind die in Angriff genommenen Wohnhausbauten sowohl an Zahl als auch an Qualität überaus gering. Gebaut wurde aus vielen Gründen, die teils

„Der Deutsche“ im eigenen Verlag.

Mit dem 1. April d. J. erscheint unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ im eigenen Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes, nachdem das Verhältnis mit dem bisherigen Verleger, der Firma Stollberg u. Co., gelöst ist. Um nun die dauernde Lebensfähigkeit und Unabhängigkeit der Zeitung zu sichern, müssen seitens der einzelnen Verbände die größten Anstrengungen gemacht werden, möglichst viel Abonnenten aus unseren resp. den uns nahe stehenden Kreisen zu werben. Insbesondere ist es eine Ehrenpflicht der christlichen Bauarbeiter, als Pioniere unserer ganzen Bewegung, hier voll und ganz ihren Mann zu stellen! Unter den Ortsgruppen muß ein edler Wettstreit entstehen, möglichst viel Abonnenten unserem Sprachrohr zuzuführen!

Aus einer Reihe wichtiger Gründe heraus ist man nun zu einer Aenderung der Bestellart übergegangen. Bisher ging die Bestellung auf den „Deutschen“ so vor sich, daß der einzelne Abonnent eine direkte Bestellung durch den Briefträger resp. die zuständige Postanstalt vornahm. Das wird nunmehr geändert. Bestellungen auf den „Deutschen“ durch den Briefträger oder die Postanstalt können von jetzt ab nicht mehr vorgenommen werden. Dafür tritt folgendes Verfahren ein:

Die Ortsgruppen und Vertrauensmänner sammeln an Hand des ihnen in den nächsten Tagen zugehenden Materials im Laufe des Monats Februar die Bestellungen für das 2. Vierteljahr von unseren Kollegen resp. uns nahe stehenden sonstigen Interessenten ein, und geben den Bestellern Quittung über das bezahlte Bezugsgehalt. Die Bestellungen und die Bezugsgehalte werden dann an die Zentrale in Berlin-Lichtenberg weitergeleitet, die alles übrige erledigt.

Wir bitten unsere Kollegen, von dieser Aenderung genaue Kenntnis zu nehmen und sich bei dieser Gelegenheit doch einmal gründlich zu überlegen, ob es nicht möglich ist, die 36.— M. für den Vierteljahresbezug unserer eigenen Tageszeitung aufzubringen. Seitens der neu zusammengesetzten Redaktion des „Deutschen“ wird man alles versuchen, um das Blatt so aktuell und interessant wie möglich auszugestalten.

Hier heißt es nun aber auch unsererseits Opfergeist zeigen — und beweisen! Unsere Bewegung braucht unter allen Umständen ein Organ, das unsere Interessen in der breitesten Öffentlichkeit vertritt. Der moralische Erfolg eines solchen Blattes ist — wenn auch kaum in Zahlen ausdrückbar — doch ein außerordentlich schwerwiegendes, und der Nutzen für unsere Gesamtbewegung und somit für die Interessen auch des letzten Kollegen liegt für jeden Einsichtigen klar auf der Hand. Deshalb nochmals mit Opfermut an die Arbeit für unsere Tageszeitung!

in der Steuergegebung, teils in der Abicht der Ausnutzung der Hochkonjunktur zu suchen sind. Gebaut wurde aber nicht, um die Wohnungsnot zu beheben.

Das erste Halbjahr 1921 fand unter dem Signum der Arbeitslosigkeit und mäßiger Baustoffpreise. Um die Bauaktivität anzupornen, wurden Milliardenzuschüsse von den gegebenden Körperschaften bewilligt. Das zweite Halbjahr wird dagegen von Arbeitermangel, steigerten Materialpreisen und gesteigerten Bauaktivität gekennzeichnet. Die Folge war, daß Unternehmer und Arbeitnehmer nach den Stellen des höchsten Gehaltes und der höchsten Löhne gegeneinander wurden, die Privatbauten gefördert, die Wohnungsbauten vernachlässigt, die Preise gesteigert und neue Zuschüsse erforderlich, aber noch nicht

sofort gerechbar wurden. Die Bauten der Privaten wurden fertiggestellt, die Wohnhausbauten dagegen nicht.

Das Jahr 1921 war das Jahr der Lockerung der Baustoffbewirtschaftung mit der Folge, daß die Preise der Baustoffe den Weltmarktpreisen nachstiegen. Dabei ist nicht sicher, daß die Bauwirtschaft die erforderlichen Baustoffe gesteuert hätte; denn die Erfahrung zeigt, daß die Baustoffe vom Markt verschwinden und „hinten herum“ gehandelt werden, wenn Preiszwang sie bindet. Notwendig bleibt trotzdem eine Regelung des Baustoffmarkts, nur wird man sie nicht in der Richtung der Kriegswirtschaft zu suchen haben.

Im privaten Baugewerbe hat sich im Jahre 1921 ein innerer Kampf abgespielt. Er geht vom Kapitalmarkt aus. Nur die großen Betriebe sind in der Lage, sich der Geldentwertung anzupassen. Wir finden heute mehr und mehr die Neugründung und Umgründung von Privatunternehmungen in der Form der Aktiengesellschaft; durch die dabei erforderliche Hilfe der Großbanken und der Großindustrie gerät das Baugewerbe in deren Hände. Die kleinen und mittleren Betriebe sind die Leidtragenden, entweder sie gehen ein, weil sie nicht mehr mithalten, oder sie werden mit durchgeschleppt. Wollen sie etwas tun, so bleibt auch ihnen nur der Zusammenschluß übrig. Das Durchschleppen ist zunächst vollwirtschaftlich unproduktiv, sodann wird es ein Ende nehmen aus Gründen privatrechtlicher Rentabilität. Diese Entwicklung wird von den Wirtschaftsverbänden des Gewerbes bisher nicht beachtet. Die großen Betriebe handeln, wachsen und konzentrieren sich, die kleinen und mittleren dagegen zeigen sich kaufmännisch und geschäftlich unterlegen. Ganze Arbeit tut ihnen not, nur muß sie bald getan werden, sonst bleiben sie auf der Straße.

Man kann nicht behaupten, daß die wirtschaftliche Einsicht im privaten Baugewerbe gemachsen sei. Im Gegenteil, man nimmt die Hochkonjunktur mit, und freut sich, daß das Geschäft geht. Daß die Hochkonjunktur eine Katastrophenkonjunktur war, zeigten die letzten Dezembertage mit ihrem Höhensturz. Die deutsche Wirtschaft offenbarte ihre Hohlräume. Es wird anders werden, vielleicht nicht von heute auf morgen, aber nur das solide Geschäft wird bestehen und Krisen überwinden. Im Baugewerbe kommt hinzu, daß die Tätigkeit für Industrie und Banken und Landwirtschaft halb ein Ende nehmen wird, wenn die vorhandenen Mittel verbräut sind und der Bedarf gebreitet sein wird. Dann ist das Baugewerbe in dem größten Umfange nur noch Zusatzgewerbe. Die Folgen habe ich oft genug aufgezeigt.

Das Katastrophenjahr 1921 hat wesentlich zur Klärung der Verhältnisse im Baugewerbe beigetragen. Das private Gewerbe ist in seinen Grundfesten erschüttert worden wie die deutsche Wirtschaft überhaupt. Darüber können die Konjunkturgewinne nicht hinwegtäuschen. Was sind sie bei fortwährender Geldentwertung überhaupt wert? Es wenig, daß nur noch gemeinsame Stützung, Gesamthilfe im Gewerbe es überhaupt noch erhalten kann. Baugewerbe, bedauere das Ende!

Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine. Mit aller Deutlichkeit hat der Bischof von Baderborn in einer Verammlung der hiesigen Arbeitervereine die Pflicht der katholischen Arbeiter betont, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nach dem „Westfälischen Volksblatt“ führte der Bischof aus:

„Die Arbeitervereine sind heute mehr denn je eine Notwendigkeit, und mein lebhaftester Wunsch ist, daß was die kirchlichen Vereine anbetrifft, Baderborn an der Spitze marschiere. Die katholischen Arbeiter sollen aber auch Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sein. Es darf nicht heißen: katholische Arbeitervereine oder christliche Gewerkschaften, sondern katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften, und wenn ich energisch betont habe: Der katholische Arbeiter gehört in die katholischen Arbeitervereine, so sage ich mit demselben Nachdruck: Katholische Arbeiter gehören in die christlichen Gewerkschaften und nicht in die freien.“

Wir hätten nur den Wunsch, daß diese Worte des Baderborner Bischofs von allen, die es angeht, beherzigt würden. Insbesondere die Pflicht der Arbeitervereinsvorstände und -präsidenten wäre es, die Mitglieder immer wieder darauf hinzuwirken, daß zu ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen.

Wirtschaftliche Bewegung

Beleg Berlin

Nachdem am 28. 12. 21 die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband für die Provinz Brandenburg ohne Resultat verlaufen waren, trat am 28. Januar das von den Arbeitnehmerverbänden angesehene Bezirkslohnamt zusammen. Es sollte einen Schiedsspruch, daß eine Lohnerhöhung von 15 Prozent auf die Maurer- und Zimmererlöhne gezahlt werden soll. Bauhilfsarbeiter erhalten jeweils die gleiche Lohnzulage, wie die Maurer und Zimmerer — nicht eine prozentuale Zulage —, wodurch die Vergrößerung der Lohnspanne verhindert wird. Beide Parteien sagten zu, den Schiedsspruch ihren Mitgliedern zu empfehlen und für die Annahme einzutreten. Es besteht also die Aussicht, daß der Spruch restlos Annahme findet wird. Die Lohnerhöhung wird gezahlt vom 28. Januar ab bis zum 28. Februar. — Die Zahlstellen, welche die Bezirksbeiträge noch nicht an die Bezirksleitung eingekandt haben, werden ersucht, dieses umgehend zu tun (also nicht an die Hauptkasse senden), auch müssen die Zahlprotokolle und Anträge zum bestimmten Termin an die Zentrale eingekandt werden!

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Betreffe unserer Reichstagspetition, die bekanntlich vom Reichstage am 18. Dezember der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde (vergl. Baugewerkschaft Nr. 3), erhalten wir unter dem 26. Januar vom Reichsminister folgende Mitteilung:

Bei der bevorstehenden Beratung des dem Reichstage vorgelegten Entwurfes eines Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angehörige, wird die Unfallversicherungsvericherung der Poliere des Bergwerkes erwogen werden. J. L. gez. Greiser.

Soweit wäre die Sache also glücklich geblieben. Der Reichstag wird nunmehr nicht mehr können, unseren bereits am 18. Dezember vorigen Jahres adoptierten Vorschlag in das neue Angestellten-Versicherungs-gesetz mit hineinzubringen.

Verbandsnachrichten

Sebnitz. (Zimmerer.) Am 6. Januar 1922 fand in der Wirtschaft Samson-Brüder unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Kollegen waren recht zahlreich erschienen. Auf der Tagesordnung stand Punkt 1: Neuwahl des Vorstandes; Punkt 2: Verschiedenes. U. a. Spiegelkötter gab zunächst einen kurzen Bericht über das verlossene Jahr. In den Vorstand wurden gewählt: Als 1. Vorsitzender Koll. Spiegelkötter; als 2. Vorsitzender Selter; als 1. Kassierer Koll. Saverlamy; als 2. Kassierer Söter; als 1. Schriftführer Koll. Schulte; als 2. Schriftführer Sps jun., Sachdelogierter, Koll. Surot; Vohr- und Schlichtungs-Kommission die Koll. Lips, Siemmig, Koke und Salte; Messoren, Köhler und Sieman. — Punkt 2: Verschiedenes. Von den Kollegen wurde einstimmig beschlossen, vor einer Entsendung einer Delegation fernbleiben, hat ein Strafgeld von 1 00 zu entrichten. Eine Entsendung wird nur einmal angenommen. Der ohne Entsendung die Generalversammlung veranlagt, zahlte 5 00. — Als Vize- und Sachdelogierter wurden gewählt die Koll. Hoffmann, Lips, Schmitt, Herlemeyer, Siemmensner, Schulte, Sehlog, Sieman, Doerflinger. — Zum Schluss ernannte der Vorsitzende die Kollegen zur lebhaftesten Bereitschaft für den Verband. — (Bergbaubetriebe.) Am Sonntag, den 8. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Am 10. 20 eröffnete der Vorsitzende Kleffinger die Versammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder und ersuchte den Schriftführer um die Vorlesung des Protokolls. Der Schriftführer berichtete dann über das vergangene Jahr, der von den Mitgliedern beifällig aufgenommen wurde. — Punkt 2: Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern. — Punkt 3: Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern.

Karlsruhe. (Arbeitslosen.) Am 2. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt, in der der Vorsitzende den Jahresbericht und Kollege C. Schmalers den Jahresabschluss erläuterte. Nach einem Vortrag des Kollegen Müller, Hünper, wurde der Vorstands- und Kassiererrat gewählt. Die Kollegen sind: 1. Vorsitzender H. Koll. 2. Vorsitzender S. 1. Kassierer S. 2. Kassierer S. 1. Schriftführer S. 2. Schriftführer S. Sachdelogierter S. Vize-Sachdelogierter S. Kommissar S. 1. Kommissar S. 2. Kommissar S. — Punkt 2: Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern. — Punkt 3: Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern.

Regen. Unsere Generalversammlung am 10. Januar wurde von Vorstandem Koll. Spitz jun. eröffnet und geleitet. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorsitzenden für das Jahr 1921; 2. Vorstandswahl; 3. Wahl eines Delegierten zum Reichstagskongress; 4. Erörterung einer Arbeitslosen-Konvention; 5. Erhöhung der Beiträge; 6. Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern. — Punkt 3: Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern.

Witten. Unsere Generalversammlung am 10. Januar wurde von Vorstandem Koll. Spitz jun. eröffnet und geleitet. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorsitzenden für das Jahr 1921; 2. Vorstandswahl; 3. Wahl eines Delegierten zum Reichstagskongress; 4. Erörterung einer Arbeitslosen-Konvention; 5. Erhöhung der Beiträge; 6. Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern. — Punkt 3: Verschiedenes. Der Vorsitzende wünschte, dass alle Mitglieder sich einig über die Entsendung seien, um die Verhandlungen zu erleichtern.

dem Hauskaffierer 80 Bg. pro Woche zugesprochen. Alle oben angeführten Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen, treu und fest zum Verbände zu halten. Hieran wurde die Versammlung nach 2½-stündiger Dauer geschlossen.

Zwickau. Am 20. Januar sprach in unserer Versammlung der Baugewerkschaft, Kollege Bergmann, über das Thema: „Christentum, Sozialismus und christliche Gewerkschaften.“ Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Der Vorsitzende, Kollege Wöhe, forderte unsere Kollegen auf, für die Stärkung unseres Verbandes im Zwickauer Gebiet einzutreten, und schloß die gut besuchte Versammlung.

In Mittersdorf wurde die Versammlung vom Kollegen Josef Klent eröffnet, auch hier machte der Vortrag des Kollegen Bergmann einen guten Eindruck. Es waren in der Versammlung auch Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und des Christl. Bergarbeiterverbandes anwesend, ein Beweis, daß die Kollegen in den christl. Brüderverbänden stetig gegenseitig unterstützen. Nicht Klassenhaft, sondern christliche Gemeinwirtschaft, verbunden mit echter Nächstenliebe, soll unser Grundfund sein.

Am 26. Januar hielt die Verwaltungsstelle Jordan eine öffentliche Bauarbeiterversammlung ab. Als Referent war der Kollege Bergmann erschienen. Er sprach über das Thema: „Belastung und Arbeitserleichterung.“ Ein großer Beifall belohnte ihn für seine Ausführungen. Der Vorsitzende, Kollege Wöhe, ermahnte zum Schluß die Anwesenden, weiter wie bisher für unseren Verband zu werben, dann werde es bald möglich, daß der letzte Jagd- und Unorganisierte in der hiesigen Gegend unserem Verbände angehören. Es habe sich die Verwaltungsstelle in kurzer Zeit um mehr als das Doppelte vermehrt. Ein Bravo unseren Kollegen von Jordan! Mit dem Wunsche, daß alle Bauarbeiter in der Gegend ihre Schuldigkeit tun, wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Die Generalversammlung in Kitzbühel am 27. Januar war sehr gut besucht. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kollege Bergmann sprach über die Notwendigkeit der Organisation und die Pflicht zur Zahlung des statutarischen Beitrages. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen einverstanden. Auch hier in Kitzbühel und Umgebung geht es vorwärts mit unserem christl. Bauarbeiterverband, wie der Vorsitzende Kollege Jermis feststellen konnte. Mit dem Wunsche, daß alle Mitglieder sich einig über unsere gute Sache, schon er um 10 Uhr die Versammlung.

In Schwern wurde die Versammlung am 28. Januar. Der Kollege A. Gandra berichtete über die Streiksache. Darnach bildeten die Kollegen nun schon acht Wochen für den von Arbeitgeberseite abgelehnten Streikbruch. Es wurde festgestellt, daß alle Kollegen trotz der Dauer des Kampfes in dieser kurzen Zeit gewillt sind, für ihre gute Sache auszuweichen. Ein Teil der Kollegen hat Schwern verlassen, ein Beschluß wurde gefaßt, daß alle am Streik beteiligten in den nächsten Tagen ebenfalls abreisen werden. Der Kollege Bergmann betonte dann die Bedeutung unserer Organisation, und rief alle an, die in diesem Jahre in den landlichen Gebieten sehr viel Arbeit im Baugewerbe zu erwarten ist. Der Hauptversammlung auf den Jagd- und Unorganisierte in hiesiger Gegend bewies, daß die Bauwirtschaft an ihren Schäden abzurufen vermöge. Fast in allen Orten kann man feststellen, wie Jagd- und Unorganisierte den Bauern nur zu schade sind. Mit dem Wunsche, treu und fest an unseren Verbandesgrundsätzen festzuhalten, schloß der Kollege Engelmann die Versammlung.

Aus dem Baugewerbe

Durchführung von Bauarbeiten in den Wintermonaten. Die Ausführung von Bauarbeiten in den Wintermonaten ist eine Aufgabe, die mit besonderen Schwierigkeiten behaftet ist. Besonders durch die Kälte des Frostes werden die Arbeiten sehr erschwert. In den Wintermonaten sind die Baugewerkschaften besonders tätig, um die Bauarbeiten zu erleichtern. Die Baugewerkschaften sind in der Lage, die Bauarbeiten in den Wintermonaten zu erleichtern, indem sie die Bauarbeiter in den Wintermonaten beschäftigen. Die Baugewerkschaften sind in der Lage, die Bauarbeiten in den Wintermonaten zu erleichtern, indem sie die Bauarbeiter in den Wintermonaten beschäftigen. Die Baugewerkschaften sind in der Lage, die Bauarbeiten in den Wintermonaten zu erleichtern, indem sie die Bauarbeiter in den Wintermonaten beschäftigen.

Bekämpfung eines fahrlässigen Bauarbeiters. Ein Bauarbeiter der Bauverwaltung in Berlin erkrankte im 21. Mai 1920 an folgender Krankheit: ein Geschwür, das sich langsam entwickelte und sich schließlich auf den Brustkorb ausbreitete. Der Bauarbeiter starb am 21. Mai 1920 an dieser Krankheit. Die Bauverwaltung in Berlin ist in der Lage, die Bauarbeiter in den Wintermonaten zu beschäftigen. Die Bauverwaltung in Berlin ist in der Lage, die Bauarbeiter in den Wintermonaten zu beschäftigen. Die Bauverwaltung in Berlin ist in der Lage, die Bauarbeiter in den Wintermonaten zu beschäftigen.

Bekämpfung eines fahrlässigen Bauarbeiters. Ein Bauarbeiter der Bauverwaltung in Berlin erkrankte im 21. Mai 1920 an folgender Krankheit: ein Geschwür, das sich langsam entwickelte und sich schließlich auf den Brustkorb ausbreitete. Der Bauarbeiter starb am 21. Mai 1920 an dieser Krankheit. Die Bauverwaltung in Berlin ist in der Lage, die Bauarbeiter in den Wintermonaten zu beschäftigen. Die Bauverwaltung in Berlin ist in der Lage, die Bauarbeiter in den Wintermonaten zu beschäftigen. Die Bauverwaltung in Berlin ist in der Lage, die Bauarbeiter in den Wintermonaten zu beschäftigen.

stufen sein kann geworden ist, so daß seine Erwerbsfähigkeit fast vollständig geschwunden ist. Die Staatsanwaltschaft und das Schöffengericht überließen dem Bauarbeiter Otto Straube die Verantwortung für das Unglück auf, und das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte ihn wegen fahrlässiger Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis. Die Fahrlässigkeit wurde darin erblickt, daß der Angeklagte von den Arbeitern auf bestmögliche im Gewerbe sich zeigende Misse aufmerksam gemacht worden war, trotzdem aber weiterarbeiten ließ, indem er die Bedenken beschwichtigte. Die Baufachverständigen Bau Rat Dehs, Professor Bernhardt und Stadtbaurat Gaertner konnten sich über die eigentliche Ursache des Einsturzes nicht einigen. Das Gericht erblickte lediglich darin eine Fahrlässigkeit des Angeklagten, daß er trotz der Weigerung der Arbeiter, weiter tätig zu sein, dem Bauleiter nicht Meldung erstattete, vielmehr auf eigene Verantwortung die Arbeiter zur Weiterarbeit veranlaßt hatte. Das erste Urteil wurde dahin abgeändert, daß der Angeklagte zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Mitteilung

Polier- und Werkmeisterverein e. V. für das Baugewerbe Bochum

Laut Generalversammlung vom 7. 1. 22 befindet sich unser Vereinslokal in der Bürgergesellschaft, Ecke Wilhelm- und Lützenstraße, woselbst jeden ersten Samstag des Monats unsere laufenden Versammlungen stattfinden. Der Tagungsstaat wird jeweils an der Vereinsstafel bekanntgegeben. Die Mitglieder werden nunmehr gebeten, mehr wie bisher die Versammlungen zu besuchen. Der Vorstand.

Bekanntmachung

Der Zentralvorstand hat einen größeren Posten neuer Militärschuhe aus gutem Unter- und Oberleder gekauft. Die Schuhe sind jedoch nur in den Militärgrößen von Nr. 30, 31, 32 und 33 vorhanden. Die Schnürung ist seitwärts. Der größte Teil derselben ist benagelt, es befinden sich jedoch auch unbenagelte darunter. Der Preis beträgt für 1 Paar 100.— M. Porto und Verpackung muß extra berechnet werden und beträgt bis zu einem 10 Pfund-Paket 15.— M., über 10- bis 20-Pfund-Paket 30.— M. Der Versand soll im allgemeinen nur per Nachnahme erfolgen. Nur in besonderen Fällen, wo die gesamte Verwaltungsstelle bezw. der Ortsgruppenvorstand die Bewähre dafür bietet, kann der Versand auch auf Konto vorgenommen werden. Zahlung muß dann sofort nach dem Verkauf erfolgen. Ein Posten von etwa 20 Paar Militärschuhstiefeln (nur Größe 27) zum Preise von 200.— M. pro Paar ist vorrätig.

Weiter ist noch ein kleiner Posten Lederpantoffeln, Größe 37-42, zum Preise von 54.— M., sowie ein kleiner Posten Frauenhausschuhe, Größe 37-42, zum Preise von 53.— M. am Lager. Die Hausschuhe haben eine gute Ledersohle, der obere Teil besteht aus dunklem Stoff mit warmem Futter. Auch baumwollene graue Herrensocken zum Preise von 6,50 M. das Paar, sowie ein geringer Teil Kinderstrümpfe, Größe 3, 4, 5 und 6, zum Preise von 10.— bis 13.— M. das Paar, je nach Größe, sind noch am Lager.

Weitere Schuh- und sonstige Waren sind nicht vorhanden. Bestellungen, die trotzdem erfolgen, können des teuren Porto wegen schriftlich nicht beantwortet werden. Diese Mitteilung gilt auch für diejenigen Kollegen, die in letzter Zeit Bestellungen auf die verschiedensten Sorten von Schuhwaren gemacht haben und nicht mehr beliefert werden können. Der Hauptvorstand.

Sterbefaßel.

Am 10. Januar starb infolge Lungenerkrankung unser lieber und treuer Kollege Wilhelm Korb im Alter von 33 Jahren. Ortsgruppe Güter. Am 14. Januar starb unser treuer Kollege Johann Borch in Folge Lungenerkrankung im Alter von 67 Jahren. Ortsgruppe Friedersdorf. Am 21. Januar starb unser treuer Kollege der Bauer Joseph Salsch, geboren zu Süderode-Weißbarn, nach kurzem schweren Leiden. Verwaltungsstelle Wald i. Rhld. Ehre ihrem Andenken!

Wegen des Eisenbahn- sowie des Berliner Gas- und Elektrizitätsstreikes sind wir genötigt, Nr. 7 der „Baugewerkschaft“ zusammen mit Nr. 8 herauszubringen. Die Redaktion.